

# **Einstein-Stiftung fördert Wissenschaftler aus dem Nahen Osten**

Berlin – Die Einstein Stiftung Berlin unterstützt 20 ausländische Wissenschaftler, die in ihren Heimatländern eine Einschränkung ihrer Wissenschaftsfreiheit erfahren. Die Wissenschaftler kommen überwiegend aus dem Iran, aus Syrien und der Türkei. Sie forschen zukünftig an der Charité – Universitätsmedizin Berlin (drei Wissenschaftler), der Freien Universität Berlin (5), der Humboldt-Universität zu Berlin (11) sowie der Universität der Künste Berlin (1). Vertreten sind die Natur- und Lebenswissenschaften, die Geistes- und Kulturwissenschaften, die Sozialwissenschaften sowie Kunst und Gestaltung. Die Einstein Stiftung fördert die Universitäten bis Ende 2019 mit entsprechenden Personal- und Sachmitteln. Die Universitäten haben weitere Anträge angekündigt.

Die Förderung der Wissenschaftsfreiheit ist Teil einer ressortübergreifenden Initiative des Senats von Berlin. Die Einstein Stiftung Berlin erhält hierfür in den Jahren 2018 und 2019 jeweils bis zu 1,5 Millionen Euro. „Mit dieser Initiative setzen wir ein deutliches Zeichen für die Wissenschaftsfreiheit. Berlin übernimmt international Verantwortung und ermöglicht ausländischen Forscherinnen und Forschern eine freie Entfaltung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.“

---

# **Der Regierende auf „Sommertour“**

Berlin – Wie werden verborgene Berliner Kulturschätze der Öffentlichkeit und Fachwelt mit digitalen Möglichkeiten zugänglich gemacht? Was benötigt die Berliner Wirtschaft, um den digitalen Wandel zu meistern? Die Digitalisierung steht im Fokus der morgigen Sommertour des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und Senators für Wissenschaft und Forschung, Michael Müller (SPD).

Das Besuchsprogramm führt durch drei Berliner Wissenschaftseinrichtungen, das Lautarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und das Fraunhofer Leistungszentrum Digitale Vernetzung und gewährt Einblicke in die Arbeit der Einrichtungen sowie in aktuelle Digitalisierungsprojekte.

---

## **Gedenkstätte Hohenschönhausen kommt nicht zur Ruhe**

Berlin -Nach dem Streit um eine Äußerung des Schriftstellers Siegmar Faust gibt es neuen Ärger in der Gedenkstätte Schönhausen. Die *Berliner Zeitung* berichtet aktuell, dass Schriftführer Stephan Hilsberg aus dem Förderverein ausgeschlossen werden soll. Hilsberg war früher SPD-Bundestagsabgeordneter und hatte zuletzt öffentlich den Vorsitzenden des Fördervereins Jörg Kürschner kritisiert. Die Gedenkstätte – so Hilsberg – gerate immer stärker unter den Einfluss der AfD, deren Vorsitzender Georg Pazderski 2017 sogar aufgenommen werden sollte.

Mit 4:3 Stimmen wurde des Ausschlussverfahren in Gang gesetzt. Hilsberg wirft man seitens des Vereins vor, dass er „Internen veröffentlicht“ habe. Kürschner geriet in die Kritik, weil er „AfD-nahe Artikel“ in der konservativen Wochenzeitung *Junge Freiheit* publiziert habe, eine „grundrechtlich geschützte, legitime Tätigkeit des Vorsitzenden“, wie Kürschners Verteidiger zu recht meinen.

---

## **Schüsse in Kreuzberg**

Berlin - Eine wilde Schießerei fand gestern Nachmittag in der Kreuzberger Urbanstraße statt. Gegen 17 Uhr war es in einer Gaststätte zu einem Streit gekommen. Dabei wurde ein Mann von mehreren anderen Gästen des Lokals angegriffen und verletzt. Ein weiterer Mann, der an der Straße stand, feuerte daraufhin mehrere Schüsse auf das Gebäude ab. Niemand kam ums Leben, die Polizei nahm einen Mann im Lokal fest. Der Schütze flüchtete in Richtung Urbanhafen.

---

## **Früherer SPD-Senator fordert von Migranten Bekenntnis zu unseren Werten**

Berlin – Mit deutlichen Worten hat der frühere Berliner Innensenator (2001-2011) Ehrhart Körting (SPD) zu einer

Kurskorrektur in der Asylpolitik aufgerufen. In einem Artikel für die Parteizeitung „Vorwärts“ stellt der Politiker klar, dass es für Antidemokraten, Rassisten und Menschen, die Frauenrechte nicht achten, „keine dauerhaften Bleiberechte in Deutschland“ geben könne. Die Genfer Flüchtlingskonvention schreibe Migranten vor, die Gesetze des Aufnahmelandes zu achten.

Insbesondere die zunehmenden antisemitischen Angriffe auf Kippaträger in Berlin bereitet Körting Sorgen. Ebenso die sexuellen Übergriffe 2015/2016 in der Silvesternacht in Köln und anderswo.

In dem „Vorwärts“-Beitrag fordert der Sozialdemokrat, der Staat müsse „noch mehr als bisher auf die Lebenskultur der Zuwanderer achten“. Sprache und soziale Integration reichten allein nicht aus, um Menschen zu integrieren. Körting weiter: „Deutsche Sprache sprechen auch Höcke, Gauland und Weidel. Ihr Gedankengut ist trotzdem erschreckend.“

Die Einbürgerung von Migranten müsse von „einem glaubhaften inhaltlichen Bekenntnis des Einbürgerungsbewerbers zu unseren Werten“ abhängig sein. Umfangreiche Prüfungen sollten zeigen, ob Migranten „unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat wirklich wollen.“

---

# **Dürfen zum Jubiläum der Luftbrücke wieder Rosinenbomber in Tempelhof**

# landen?

von KLAUS KELLE

Es sind die historischen Ereignisse, an denen die Menschen den Unterschied zwischen politische Systemen deutlich erkennen können. Und in dieser Zeit, in denen erstaunlicher Weise gerade Konservative in Deutschland und Europa neuerdings in Putin-Besoffenheit schwelgen, ist es richtig, sich an ein Ereignis der Nachkriegszeit zu erinnern, das vielen Berlinern das Überleben nach dem Krieg ermöglicht hat: die Luftbrücke der Westalliierten, die zwischen Juni 1948 und Mai 1949 die 2,2 Millionen Menschen in der zerbombten Stadt mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Steinkohle und weiteren Gütern versorgten.

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Stadt in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 als Reaktion auf die Währungsreform der Westalliierten erst von der Stromversorgung abgeschnitten, dann den gesamten Güterverkehr auf Straßen, Schienen und Wasser blockiert. Der Militärgouverneur der amerikanischen Zone in Berlin, der unvergessene *Lucius D. Clay*, setzte innerhalb von wenigen Tagen eine gewaltige Maschinerie in Gang, mit der Flugzeuge der USA, der Briten und Franzosen im Minutentakt rund um die Uhr Versorgungsgüter einflogen, um das Überleben der Berliner sicherzustellen.

In der Hauptstadt ist nun eine skuriler Streit darüber ausgebrochen, wie das Jubiläum gefeiert werden soll, denn ein gemeinnütziger Verein will organisieren, dass im kommenden Jahr bis zu 40 historische „Rosinenbomber“ in Berlin landen. Konkret: auf dem seit Oktober 2008 geschlossenen Flugfeld Tempelhof. Theoretisch wäre das möglich, aber der Senat hat entsprechende Anfragen bisher kategorisch zurückgewiesen. Und ein formeller Antrag liegt offenbar bislang nicht vor.

Erst im März dieses Jahres hatte die Senatskanzlei auf eine

Anfrage des FDP-Abgeordneten Sebastian Czaja bechieden: „Die Rosinenbomber dürfen nicht in Berlin landen.“ Ob damit das letzte Wort gesprochen ist, wird sich zeigen. Denn inzwischen hat die Aktion eine gewisse Eigendynamik entwickelt. Erste Sponsoren haben sich gemeldet um die geschätzten fünf Millionen Euro Kosten für das Event aufzubringen. Der Mineralölkonzern Total soll sich bereiterklärt haben, einen speziellen Sprit für die Veteranen-Flugzeuge zur Verfügung zu stellen.

Bleibt die Frage, ob die Rosinenbomber dann nur fliegen oder auch landen dürfen in der Stadt, der man nachsagt, dass hier alles möglich ist...

---

## **Bilkay Kadem wird Leiterin des Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung**

Berlin -Die SPD-Politikerin Bilkay Kadem, bis vor wenigen Monaten noch Bilkay Öney, soll die Leitung des Landesbetriebes für Gebäudebewirtschaftung übernehmen. Konkret: den Bereich, der sich um den Betrieb von Flüchtlingsunterkünften kümmert. Nach Informationen des *Tagesspiegel* wurde das gestern Abend vom Senat beschlossen.

Kadem war zwischen 2011 und 2016 Integrationsministerin in der rot-grünen Landesregierung von Baden-Württemberg. Davor war sie für die Grünen Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. 2009 wechselte sie dann zur SPD.

---

# Berlin und Glasgow feiern ihre Verbundenheit

berlin – Erstmals finden 2018 die **European Championships** statt. Für zwei Wochen sind die austragenden Städte Berlin und Glasgow eng durch sportliche Großveranstaltungen verbunden: Vom 2. bis zum 12. August werden in Glasgow sieben Europameisterschaften der Topsportarten Leichtathletik, Schwimmen, Gymnastik, Rad, Rudern, Triathlon und Golf ausgetragen, während in Berlin vom 7. bis zum 12. August die Leichtathletik-Europameisterschaften die Stadt in Atem halten. All dies zusammen bildet die European Championships und schlägt so eine Brücke zwischen den Städten an der Spree und dem River Clyde.

In Berlin feiern **zwei Kulturprojekte**, veranstaltet durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Zusammenarbeit mit Glasgow2018, die European Championships und die freundschaftliche Verbindung von Glasgow und Berlin.

**Feierliches Sommerkonzert:** Den Auftakt der Leichtathletik-EM in Berlin und die Halbzeit der European Championships in Glasgow macht ein Orchesterkonzert unter der Leitung der Partnerhochschulen Universität der Künste Berlin und des Royal Conservatoire of Scotland in Glasgow. Es findet zeitgleich in Berlin und Glasgow statt und wird in beide Städte per Livestream übertragen.

Das Konzert findet statt am: **7. August, 19 Uhr**, Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Breitscheidplatz, Berlin-Charlottenburg. Der Eintritt ist frei. Es wird eine Liveübertragung auf die Europäische Meile rund um die Gedächtniskirche geben.

**„Mix the City“** – Mixe Deinen Beat: Als globales Projekt bringt „Mix The City“ lokale Sounds in den Browser. Dort können die von verschiedenen Künstlerinnen und Künstlern eingespielten Stücke kombiniert, mit Bildern angereichert und zum Schluss als Video durch die Welt geschickt werden.

„Mix the City“ geht Ende Juli online und wird im Rahmen des Kulturprogramms in Glasgow und auf der Europäischen Meile in Berlin als Live-Event präsentiert.

---

## Berlin ist sehr kreditwürdig

Berlin – Das zweite Mal in Folge hat Scope Ratings das Land Berlin mit „AAA“ bewertet.

Die europäische Ratingagentur vergab die Bestnote für Verbindlichkeiten lokaler Währung sowie in Fremdwährungen beim Langfristrating. Auch beim Kurzfristrating erhielt Berlin die Bestnote („S-1+“). In beiden Kategorien attestiert Scope Berlin zudem einen stabilen Ausblick.

Aus Sicht von Scope Ratings waren neben dem institutionellen Rahmen insbesondere das starke Wirtschaftswachstum, die Selbstverpflichtung des Landes auf den Konsolidierungskurs und der stetige Schuldenabbau verantwortlich für die positive Bewertung in diesem Jahr. Die Ratingagentur prüft seit 2017 die Kreditwürdigkeit des Landes Berlin.

Nicht nur bei Scope Ratings schneidet Berlin beim Kreditrating mit der bestmöglichen Bewertung ab. Auch die Ratingagenturen Fitch (AAA) und Moody's (Aa1) bewerten Berlin aktuell sehr gut. Einen stabilen Ausblick bestätigen Berlin alle drei Agenturen.

---

# In Pankow bricht der Kinderschutz zusammen – bald auch in ganz Berlin?

Berlin – Das Jugendamt des Bezirks Pankow ist völlig überlastet und kann Kinderschutz selbst im akuten Gefahrenfall nicht mehr gewährleisten. Das hat jetzt eine Mitarbeiterin der Behörde dem Tagesspiegel geschildert.

Danach müsste das Personal fast verdoppelt werden, damit wenigstens die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben bewältigt werden können. Besonders der Zustrom von Flüchtlingen bindet enorm viele Ressourcen. Das beginne bei Verständigungsproblemen und ende bei kulturellen Unterschieden. So schreibt die namentlich nicht genannte Mitarbeiterin: „Schon die Notwendigkeit von Schulbesuchen erschließt sich vielen ausländischen Familien nicht.“ Dagegen sei die Auffassung, dass Kinder gezüchtigt werden dürften, weit verbreitet. Die Frau weiter: „Im Grunde machen wir uns täglich strafbar.“

Der Kinderschutz werde nicht nur in Pankow vernachlässigt, sondern in ganz Berlin. Wenn Kinderschutzmeldungen in der Behörde eingingen, dauere es Tage oder sogar Wochen, bis dem Hinweis direkt vor Ort nachgegangen werde. Dabei müsste man eigentlich direkt nach einer Meldung sofort jemanden losschicken, um das betroffene Kind zu schützen.

Bei Prozessen vor Familiengerichten erscheinen Vertreter des Jugendamtes trotz bestehender Anwesenheitspflicht kaum noch. Auch Hausbesuche bei Problemfamilien seien eine Seltenheit.